

Q12
Evangelische Religionslehre
Arbeitsauftrag

Aufgaben:

Im folgenden Textauszug (aus einer Rede von Manfred Kock) wird die Haltung der Evangelischen Kirche zum Judentum im Dritten Reich thematisiert.

Fassen Sie die Grundaussagen des folgenden Textes zusammen.

Überlegen Sie, weshalb gerade die Haltung zum Judentum zu einer Spaltung der Evangelischen Kirche führte. [Eine Spaltung in Deutsche Christen (DC) und Bekennende Kirche (BK)]

Überlegen Sie, weshalb diese Auseinandersetzung schließlich zur Abfassung der Barmer Theologischen Erklärung führte.

Kirchenkampf und Antisemitismus

Herzlich danke ich, dass ich zu Ihnen sprechen darf. Denn im Blick auf unsere evangelischen Kirchen in Deutschland ist es unerlässlich, sich dessen zu erinnern, was Antijudaismus und Antisemitismus in kirchlichem Zusammenhang bedeuten, welche Formen der Auseinandersetzungen möglich waren und welche Folgen es hatte, wenn Menschen dem Rassenwahn widerstanden. Aus den mir übersandten Unterlagen habe ich entnommen, wie liebevoll das Gedenken an die Tradition und das Leiden der kleinen jüdischen Gemeinde in Segeberg gewahrt wird. Die Vernichtung der Gemeinde gehört zu dem dunklen Kapitel deutscher Geschichte, die wir nicht vergessen dürfen. Darüber möchte ich sprechen, wenn ich heute vor allem den kirchlichen Anteil an dieser Geschichte beleuchte.

Der Begriff „Antisemitismus“ ist zwar erst im 19. Jahrhundert entstanden und bezeichnet vor allem die rassistisch und biologistisch motivierte Ablehnung alles Jüdischen. Als Hass und Feindschaft gegen Juden ist Antisemitismus jedoch eine 2000 Jahre alte Einstellung, unter der vor allem die nach den Zerstörungen Jerusalems geflohenen Juden der Diaspora zu leiden hatten. Im Laufe der Geschichte entwickelte sich der Antisemitismus immer mehr zu einer Krankheit der europäischen Kultur, die alles Unglück, Naturkatastrophen und Seuchen den Juden in die Schuhe schob. Im Mittelalter gab es förmliche Wellen der Judenverfolgung, die vor allem mit dem Vorwurf, die Juden seien an Jesu Kreuzigung schuld, ideologisch begründet wurden. Sie gipfelte im Holocaust des 20. Jahrhunderts, da der Tod „ein

Meister aus Deutschland“ geworden war. Heute scheint sich die Krankheit wieder weiter auszubreiten. Rechtsradikale Wellen machen sich im Lande immer deutlicher bemerkbar. Naziabgeordnete in Sachsen haben das in abscheulicher Weise dokumentiert. Die Situation verschärft sich dadurch, dass in Europa der Antisemitismus nicht mehr auf rechtsradikale Kreise beschränkt ist. Den Antisemitismus fördern heute auch islamistische Kräfte, deren Einfluss auf muslimische Gemeinden zunimmt. Auch werden im Zuge der Osterweiterung Europas antisemitische Impulse aus den Beitrittsländern wirksam, weil „der Leidensweg der jeweils eigenen Nation unter Hitler und der Sowjetunion“ dem Holocaust nicht den zentralen Stellenwert zukommen lässt.

Umso wichtiger ist es für uns in Deutschland, im Gedenken an den dunkelsten Teil unserer Geschichte gegenüber dem hier offenbar unausrottbaren Bodensatz an Antisemitismus wachsam zu sein. Nur der beharrliche Widerstand und der konsequente rechtsstaatliche Kampf vermögen vor der weiteren Ausbreitung der Krankheit zu schützen. Alle demokratischen Kräfte müssen dabei sichtbar zusammenstehen. Unsere Kirche ist dabei gerade wegen der dunklen Anteile ihrer Geschichte in der Lage, mit ihrer Mahnung und ihrer Verkündigung der antisemitischen Krankheit zu widerstehen. Ich will mich in diesem Vortrag nicht auf einen historischen Rückblick beschränken, sondern auch auf die Versuche zur Überwindung der antijüdischen Anteile christlicher Theologie hinweisen. Das ist nötig, weil es gerade auch der christliche Antijudaismus war, der im deutschen Volk zur Legitimation des Judenhasses gedient hat und die Kirchen mitschuldig werden ließ an dem, was geschehen ist.

Im ersten Teil möchte ich einen kurzen Überblick über die kirchlichen Strömungen und theologischen Positionen während der Zeit des NS-Regimes geben. Im zweiten Teil gehe ich anhand der Reaktionen auf die Einführung der Regelungen des Arierparagraphen in den Kirchen, auf antijüdische und antisemitische Verstrickungen ein. Im dritten Teil will ich zeigen, wie unsere Kirche nach 1945 das Verhältnis zu Gottesvolk Israel entwickelt hat und dabei auf einige offene Fragen hinweisen. Zum Schluss komme ich auf die gegenwärtigen Aufgaben zurück.

Kirchliche Strömungen nach 1918 und die theologischen Positionen in der Judenfrage

Nach dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreiches 1918 ereignete sich auch für die Kirchen ein radikaler Umbruch. Die Weimarer Republik entwickelte Verfassungsgarantien für die Religionsgesellschaften, aber sie verstand sich als einen weltanschaulich neutralen Staat. Eine Rechtssituation wurde geschaffen, in der die Kirchen durchaus noch Privilegien genossen, in der sie aber gleichwohl gezwungen waren, mit anderen weltanschaulichen Institutionen zu konkurrieren. Viele protestantische Kirchenführer, Pastoren und Theologieprofessoren empfanden das als Demütigung des christlichen Glaubens. Vor allem die katholische Kirche war gegenüber dem in der Verfassung verankerten Begriff "Religionsgesellschaften" sehr allergisch; verstand vor allem sie, die katholische Kirche, sich doch eben gar nicht als eine normale Religionsgesellschaft sondern als die eine, die wahre Kirche.

Nach dem Ende des Kaiserreiches und des „Landesherrlichen Kirchenregiments“ hatten vor allem die protestantischen Kirchen sich organisatorisch neu zu formieren. Die Landeskirchen gaben sich in manchen Aspekten ähnliche, aber letztlich doch

verwirrend unterschiedliche Verfassungen und bildeten durch Kirchenwahlen neue Leitungsstrukturen. Zur Wahrnehmung einer gemeinsamen Außenvertretung schlossen sich im Jahr 1922 die 28 evangelischen Landeskirchen zum Deutschen Evangelischen Kirchenbund auf vertraglicher Grundlage zusammen. Der Kirchenbund war schon organisatorisch ein kompliziertes Gebilde. Er hatte drei Organen, den „Kirchentag“, gewissermaßen das Parlament, den „Kirchenbundesrat“, gleichsam die Länderkammer, und den „Kirchenausschuss“ als Leitungsorgan.

An die Stelle von Thron und Altar trat bei vielen eine christlich protestantische Nationalgesinnung. Exemplarisch dokumentiert das die Vaterländische Kundgebung von 1927 des Kirchentages, in der sich eine starke Nähe zur politischen Rechten dokumentiert. Ich zitiere aus dieser Kundgebung: „Wir sind Deutsche und wollen Deutsche sein. Unser Volkstum ist uns von Gott gegeben... (Die Kirche) will, daß jeder nach bestem Wissen und Gewissen dem Staatsganzen dient und für das Wohl der Gesamtheit Opfer bringt“ . Christentum und Deutschtum seien seit tausend Jahren eng miteinander verwachsen, und durch deutsche Art habe das Christentum sein besonderes Gepräge erhalten. Die Judenfrage wird in der Kundgebung nicht ausdrücklich angesprochen. Aber der völkische Tenor hat zweifellos eine antijüdische Wirkung gehabt. Hinzu kam, dass man sich im protestantischen Kontext vor allem auf Martin Luther berufen konnte, der in seinen späteren Schriften grob antijüdisch gewesen ist.

Die ausdrücklichen Äußerungen in Theologie und Kirche zur Judenfrage am Beginn der dreißiger Jahre lassen drei Typen erkennen.

Antisemitismus und theologische Judenfeindschaft sind miteinander verbunden. Juden gelten als Widersacher des Deutschtums. Begründet wird das mit aus der Schöpfungsordnung Gottes abgeleiteten rassischen, völkischen Urteilen. Gegen den Nomos also gegen den Geist der Gesetzesordnung Israels steht ein germanischer bzw. arischer Volksnomos, den Christus dem deutschen Volk als ein Ordnungsprinzip aufgetragen hat. Das Gebot dient vor allem der Reinerhaltung der deutschen Art und Rasse. Mit den Vorurteilen einer von den Juden selbst verschuldeten Unheilsgeschichte wird denen die theologische Existenzberechtigung abgesprochen. Der Kampf des Staates gegen das Judentum gilt als berechtigt. Diese Einstellung war weit verbreitet und besonders im konservativen Luthertum zu Hause. Als besonders krasses Beispiel zitiere ich Franz Tügel, den Landesbischof in Hamburg seit 1934, der seinen politischen Standpunkt als „national, sozial, antisemitisch und christlich im Sinne Martin Luthers“ bezeichnet.

Antisemitismus aus rassischen Gründen wird verurteilt, oder als eine Sache angesehen, für die einzig der Staat zuständig sei, aber eine negative Bewertung der jüdischen Religion ist gleichwohl übernommen. Nach dieser Einstellung spiegeln große Teile des Alten Testaments die jüdisch gesetzliche, darum nicht gleichwertige Theologie. Eine grundsätzliche Solidarität dieser Einstellung zu Glaubensjuden ist auch hier nicht zu erwarten.

Einem dieser beiden Typen sind die Einstellungen fast aller Kirchenleitungen zuzuordnen. Auch weite Kreise der Bekennenden Kirche dachten so.

Gegen Antisemitismus und den Einfluss rassistischer Politik auf Theologie und Kirche kämpft der dritte Typ. Blut und Rasse dürfen nicht als Faktoren für Kirchengemeinschaft gerechnet werden. Eine Schöpfungsoffenbarung, die die Erwählung Israels zurücknimmt, wird als gegen die Botschaft Christi gerichtet abgelehnt. (K. Barth, D. Bonhoeffer)

In den Gemeinden setzten viele ihre Hoffnungen in die politische Bewegung des Nationalsozialismus. Die meisten der evangelischen Kirchenzeitzungen haben den Sieg der nationalsozialistischen Bewegung begrüßt. Hitler hatte die Kirchen zunächst hofiert. Das Parteiprogramm der Nationalsozialisten von 1930 hatte ein „positives Christentum“ proklamiert und die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse versprochen. Nur wenige bemerkten allerdings, was sich hinter der Formel verbarg, die Freiheit der religiösen Bekenntnisse dürfe nicht „gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen“.

Die Glaubensbewegung Deutsche Christen (DC) verstand sich als eine kirchliche Erneuerungsbewegung, die den nationalen Aufbruch als von Gott gewollt verstand und entsprechend kirchenpolitisch agierte. Unterstützt wurden die Deutschen Christen bei allen Kirchenwahlen Anfang der dreißiger Jahre von der NSDAP und ihren Gliederungen. Die Partei versprach sich davon vor allem, die evangelischen Kirchen für sich vereinnahmen zu können, wenn die nationalsozialistische Form des Führerprinzips auch auf die Kirche übertragen wäre.

Dem deutschchristlichen Anspruch begegnete die jungreformatorische Bewegung, in der sich ein erneuertes Luthertum und die Anhänger der Dialektischen Theologie verbanden. Nach den fast überall von den DC gewonnen Kirchenwahlen gründete der eigentliche Sprecher der Jungreformatoren Martin Niemöller dann im September 1933 den Pfarrernotbund, nachdem der deutsche evangelische Kirchenbund aufgelöst und vor allem von der deutschchristlichen Bewegung die Konstituierung einer Reichskirche betrieben wurde.

Dagegen formierte sich die "Bekennende Kirche". Die hat ihre geistigen Wurzeln vor allem in der „Dialektischen Theologie“, die in erster Linie vom damals in Münster, später in Bonn lehrenden schweizerischen Theologen Karl Barth begründet und geprägt worden war. Barth hat sich immer wieder, besonders kämpferisch in seiner Schrift *Quousque tandem?* von 1930 gegen das kirchliche Selbstbewusstsein der national gesinnten Kirchenführungen gewandt und vor allem die attackiert, die in der Geschichte nach dem ersten Weltkrieg die Bestätigung eines „heiligen Dennoch“ erblicken, in dem der in der deutschen Volksseele verwurzelte religiöse Gedanke sich bewähre. Die markanteste Äußerung der Bekennenden Kirche ist die Theologische Erklärung der Bekenntnissynode von Barmen 1934, die allerdings auf die Judenfrage nicht ausdrücklich eingeht. Die Auseinandersetzung wurde in erster Linie gegenüber dem Versuch des totalitären Staates geführt, die Kirche ihrem Zweck zu entfremden, ihre Freiheit zu beenden und sie schließlich zu vernichten. Dabei war vor allem die innerkirchliche Auseinandersetzung mit den Deutschen Christen im Blick, die die christliche Überlieferung mit den weltanschaulichen Ideen des Nationalsozialismus verbinden wollten.

Reaktionen auf die Einführung des Arierparagraphen in die Kirche

Nach dem 30. Januar 1933 hatten die evangelischen Kirchen bereits viel von ihrem Handlungsspielraum in der Judenfrage eingebüßt, soweit sie hier überhaupt eine parteikritische Position gehabt hatten. Weder die Rechtseinschränkungen der Juden nach dem Reichstagsbrand im Februar noch die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes im März, auch nicht der am 1. April von der NSDAP inszenierte Boykott jüdischer Geschäfte haben nennenswerten kirchlichen Widerstand zur Folge gehabt. Im Gegenteil, die meisten Kirchenleitungen ließen sich im sogenannten Abwehrkampf gegen angebliche Gräueltaten der Juden instrumentalisieren; sie begrüßten die staatlichen Maßnahmen oder äußerten Verständnis dafür.

Die „Deutschen Christen“ hatten wie in den meisten Landeskirchen auch in der Generalsynode der Altpreußischen Union (APU) durch die Kirchenwahlen vom 23. Juli 1933 die Mehrheit errungen. Daher übernahm die APU als die größte der Landeskirchen als erste mit dem Kirchengesetz betr. die Rechtsverhältnisse der Geistlichen und Kirchenbeamten vom 6. September 1933 die politische Zuverlässigkeitsklausel und den Arierparagraphen aus der staatlichen Gesetzgebung. In diesem Gesetz heißt es:

§1

1. Als Geistlicher oder Beamter im kirchlichen Verwaltungsdienst darf nur berufen werden, wer ... rückhaltlos für den nationalen Staat und die Deutsche Evangelische Kirche eintritt

2. Wer nicht arischer Abstammung oder mit einer Person nicht arischer Abstammung verheiratet ist, darf nicht als Geistlicher und Beamter der allgemeinen kirchlichen Verwaltung berufen werden. Geistliche und Beamte arischer Abstammung, die mit einer Person nicht arischer Abstammung die Ehe eingehen, sind zu entlassen

§3 Nichtarier „... sind in den Ruhestand zu versetzen.“

Entsprechende Beschlüsse fassten dann auch andere Landessynoden, unter ihnen auch drei der nordelbischen Kirchen.

Gegen die Einführung des Arierparagraphen in die Kirche hatten einige wenige protestiert, so Dietrich Bonhoeffer in seinem im April 1933 gehaltenen Vortrag Die Kirche vor der Judenfrage. Er hat es entschieden abgelehnt, Judenchristen aus der deutschen Kirche auszuschließen. [...]